

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0149/2019/IV

Datum:
16.09.2019

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

Mitgliedschaft Heidelbergs im Rainbow Cities Network

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 28. November 2019

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	24.09.2019	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	17.10.2019	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	21.11.2019	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit und der Gemeinderat nehmen nachfolgende Information des Amts für Chancengleichheit zu Handlungsfeldern für einen erfolgreichen Beitritt Heidelbergs in das Rainbow Cities Network zur Kenntnis. Die ausgearbeitete Bewerbung mit dem Vorschlag in das Rainbow Cities Network beizutreten wird den politischen Gremien zu gegebener Zeit zum Beschluss vorgelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen eines Beitritts hängen von den Konzeptentwicklungen in den identifizierten Handlungsfeldern ab.

Zusammenfassung der Begründung:

Das Rainbow Cities Network ist ein internationaler Zusammenschluss von Städten, die sich der Akzeptanz, Chancengleichheit und Sichtbarkeit von LSBTTIQ (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, transsexuell, intersexuell und queer) verpflichten. Zur Sicherung eines schnellen und erfolgreichen Beitritts identifiziert das Amt für Chancengleichheit und der „Runde Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ Handlungsfelder, in denen entsprechende Maßnahmen erforderlich sind.

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 24.09.2019

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 24.09.2019

5.1 Mitgliedschaft Heidelbergs im Rainbow Cities Network Informationsvorlage 0149/2019/IV

Bürgermeister Erichson führt ausführlich in die Vorlage ein. In einem ersten Orientierungsgespräch mit dem Vorstand des Rainbow Cities Networks im Juli 2019 signalisierte der Vorstand des Netzwerks, dass der Bewerbung auf Basis der Umsetzung der in der Vorlage genannten Maßnahmen sehr gute Chancen eingeräumt werden würden. Bereits das Antragsverfahren ist allerdings sehr aufwendig; mit den vorhandenen (Personal-)Ressourcen ist eine erfolgreiche Bewerbung für das Amt für Chancengleichheit kaum leistbar.

In der anschließenden Diskussion melden sich zu Wort:

Stadträtin Geugjes, Stadträtin Mirow, Stadträtin Illgner, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Kutsch, Stadträtin Marggraf, Stadtrat Michalski, Bürgermeister Erichson

Die Diskussion hat folgenden Inhalt:

Aus Sicht der Stadträtinnen und Stadträte sei es unstrittig, dass das Amt für Chancengleichheit durch Zurverfügungstellung der erforderlichen Ressourcen in die Lage versetzt werden müsse, das Antragsverfahren durchzuführen und die daraus entstehenden Maßnahmen umzusetzen.

Nach einer Diskussion um den Umfang des dafür erforderlichen Personal- und Finanzbedarfs stellt Stadträtin Geugjes folgenden **Antrag**:

Zur Durchführung des Bewerbungsverfahrens zum Beitritt Heidelbergs in das Rainbow Cities Network werden dem Amt für Chancengleichheit die erforderlichen finanziellen Ressourcen von 40.000 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 13:01:00 Stimmen

Bürgermeister Erichson ergänzt, dass für die Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen gegebenenfalls ein weiterer Personalbedarf entsteht, der dann im Haushalt 2021/2022 berücksichtigt werden müsse.

Aufgrund des soeben beschlossenen **Antrages** ergibt sich folgende

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit nimmt die Information des Amts für Chancengleichheit zu Handlungsfeldern für einen erfolgreichen Beitritt Heidelbergs in das Rainbow Cities Network zur Kenntnis, dass die ausgearbeitete Bewerbung mit dem Vorschlag in das Rainbow Cities Network beizutreten, den politischen Gremien zu gegebener Zeit zum Beschluss vorgelegt wird.

Zur Durchführung des Bewerbungsverfahrens zum Beitritt Heidelbergs in das Rainbow Cities Network werden dem Amt für Chancengleichheit die erforderlichen finanziellen Ressourcen von 40.000 € zur Verfügung gestellt.

gezeichnet
Wolfgang Erichson
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 17.10.2019

Ergebnis: vertagt

Sitzung des Gemeinderates vom 21.11.2019

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 21.11.2019:

53.1 Mitgliedschaft Heidelbergs im Rainbow Cities Network

Informationsvorlage 0149/2019/IV

Die im Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit (ASC) vom 24.09.2019 mit einem Beschluss ergänzte Informationsvorlage ist Grundlage der heutigen Beratung.

Stadträtin Geugjes bedankt sich für die breite Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion im ASC. Es sei ein schönes Zeichen, dass Heidelberg hier beitreten werde. Damit dieses Projekt erfolgreich begleitet werden könne, benötige das Amt für Chancengleichheit entsprechende Mittel für das notwendige Personal.

Mit der Maßgabe des im ASC ergänzten Beschlusses wird die Informationsvorlage wie folgt zur Kenntnis genommen.

Zusammenfassung der Information:

Der Gemeinderat nimmt die Information des Amts für Chancengleichheit zu Handlungsfeldern für einen erfolgreichen Beitritt Heidelbergs in das Rainbow Cities Network zur Kenntnis, dass die ausgearbeitete Bewerbung mit dem Vorschlag in das Rainbow Cities Network beizutreten, den politischen Gremien zu gegebener Zeit zum Beschluss vorgelegt wird.

Zur Durchführung des Bewerbungsverfahrens zum Beitritt Heidelbergs in das Rainbow Cities Network werden dem Amt für Chancengleichheit die erforderlichen finanziellen Ressourcen von 40.000 € zur Verfügung gestellt.

gezeichnet

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschluss

Begründung:

Die Informationsvorlage nimmt Bezug auf den Antrag „Mitgliedschaft Heidelbergs im Rainbow Cities Network“ (Drucksache 0038/2019/AN) von den Gemeinderatsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE.

1. Das Rainbow Cities Network

1.1. Ziele des Rainbow Cities Networks

Das Rainbow Cities Network ist ein Zusammenschluss von bisher 27 Städten weltweit, die sich für die Akzeptanz, Chancengleichheit und Sichtbarkeit von LSBTTIQ auf kommunaler Ebene einsetzen. Mehr als 20 weitere Städte befinden sich im Bewerbungs- und Aufnahmeprozess. Das Netzwerk unterstützt Mitgliedstädte bei der Entwicklung einer proaktiven städtischen Diversitätspolitik, die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Selbstverständlichkeit betrachtet. Neben Metropolen wie Amsterdam, Barcelona, Berlin, Paris oder São Paulo sind auch Städte wie zum Beispiel Bergen, Brügge, Mannheim und Esch-sur-Alzette Mitglied.

Die Fortschritte der Mitgliedstädte werden innerhalb des Rainbow Cities Network durch einen kontinuierlichen Fachaustausch geprüft und die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter*innen dabei unterstützt, entsprechende Maßnahmen zu entwickeln und das zur Verfügung stehende kommunale Budget effektiv zu nutzen. Um diese Prozesse zu sichern, richtet das Rainbow Cities Network ab Herbst 2019 eine Koordinations- und Fachstelle ein. Das Netzwerk leistet damit einen wichtigen Beitrag, um die Akzeptanz, Sichtbarkeit und Chancengleichheit von LSBTTIQ nachhaltig kommunal zu verankern.

Durch die Mitgliedschaft erhält die Stadt Heidelberg wertvolle Expertise im Themenfeld LSBTTIQ, um so langfristig Diskriminierung abzubauen. Zahlreiche internationale Studien belegen, dass ein offenes, inklusives und vielfältiges städtisches Klima einen entscheidenden, positiven Einfluss auf die Stadtentwicklung haben und die Offenheit für LSBTTIQ einen Standortvorteil darstellt¹.

Gleichzeitig reiht sich Heidelberg durch die Mitgliedschaft in ein weltweites Bündnis von Städten ein, die sich der Verteidigung von Menschenrechten und der Stärkung einer vielfältigen demokratischen Stadtkultur verpflichten. In Zeiten eines weltweiten Erstarkens autoritärer und populistischer Strömungen – unmittelbar betroffen zum Beispiel die Mitgliedstädte São Paulo und Şişli/Istanbul – ermöglicht das Netzwerk Heidelberg, gemeinsam mit den Netzwerkpartnern solidarisch Position für die Rechte von LSBTTIQ weltweit zu beziehen.

1.2. Mitgliedschaft im Rainbow Cities Network

Vorbedingungen für eine Mitgliedschaft ist die Ausarbeitung einer Bewerbung und die Unterzeichnung einer Selbstverpflichtung (Memorandums of Understanding) der Bewerberstadt, sich für die Akzeptanz, Chancengleichheit und Sichtbarkeit von LSBTTIQ verbindlich einzusetzen sowie hierfür entsprechende Maßnahmen zu entwickeln. Zur Koordination wird in der Stadtverwaltung eine Person benannt, die sich für die Chancengleichheit von LSBTTIQ verantwortlich zeichnet (LSBTTIQ-Beauftragung). Die benannte Person nimmt verpflichtend an den jährlichen Arbeitstreffen teil und bringt sich aktiv in das Netzwerk ein.

¹ Vgl. eine aktuelle Studie der Stadt Köln: https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf16/pdf161/studie_lsbtqi_als_wirtschaftsfaktor_f%C3%BCr_k%C3%B6ln_2019.pdf

Der Vorstand des Rainbow Cities Networks prüft die schriftliche Bewerbung und macht sich bei einem Besuch vor Ort gegebenenfalls selbst ein Bild von den lokalen Einrichtungen und Projekten. Eventuell identifiziert das Rainbow Cities Network weitere Handlungsfelder, die die Bewerberkommune vor einer Mitgliedschaft umzusetzen hat. Der Prozess der Aufnahme umfasst circa 3 bis 6 Monate. Die direkten Kosten einer Mitgliedschaft müssen mit circa 2000 Euro jährlich veranschlagt werden. Dies umfasst die Mitgliedsgebühr in Höhe von 1000 Euro und Reisekosten der LSBTTIQ-Beauftragung zur Teilnahme am jährlichen Arbeitstreffen.

2. Die Mitgliedschaft Heidelbergs im Rainbow Cities Network

2.1. Ausgangssituation

Die Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren (lsbttiq) Menschen in Deutschland hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten entscheidend verbessert. Durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (2006) und der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (2017) sind wichtige Schritte auf dem Weg zur rechtlichen Gleichstellung erfolgt. In Heidelberg konnte durch den vom Amt für Chancengleichheit entwickelten städtischen Aktionsplan "Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für alle" ein Prozess angestoßen werden, um Homo- und Transfeindlichkeit nachhaltig zu begegnen und eine städtische Kultur der Wertschätzung von Vielfalt zu etablieren. Mit der Einrichtung des „Runden Tisches sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ 2016 und der Stelle eines städtischen LSBTTIQ-Beauftragten 2017 (Stellenanteil 30 %) beim Amt für Chancengleichheit konnten Projekte zur Stärkung der Akzeptanz und Sichtbarkeit in Kooperation mit über 15 Vereinen und Initiativen des „Queeren Netzwerk Heidelberg“ initiiert werden, so zum Beispiel die Gründung der Jugendgruppe „Queer Youth“, die Pilotförderung für ein Beratungs- und Aufklärungsangebots von PLUS Rhein-Neckar e.V., die Unterstützung des internen Queeren Netzwerks der Mitarbeiter*innen der Heidelberger Stadtverwaltung sowie Aktionen im Rahmen des „International Day against Homo-, Bi- Inter- und Trans*phobia“ (IDAHOBIT*), des Queer Festivals Heidelberg, des Dyke*Marchs für die Sichtbarkeit lesbischer und queerer* Frauen und die Trans*Aktionswochen, die die Bedarfe von transsexuellen und transgender Menschen in Heidelberg in ihrer Vielfalt in den Blick nehmen. Aus den durch das Amt für Chancengleichheit eingeworbenen Bundesmitteln der „Heidelberger Partnerschaft für Demokratie“ wird unter anderem seit 2019 das Regenbogenelterncafé von ILSE Rhein-Neckar finanziert.

Dennoch erfahren LSBTTIQ immer noch im beträchtlichem Maße Diskriminierung und Gewalt. Dies ergab eine Umfrage im Auftrag des Landes Baden-Württemberg aus dem Jahr 2014². Demnach haben 54 Prozent der betroffenen Befragten in den vergangenen fünf Jahren aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität herabsetzende Reaktionen erlebt. Am häufigsten waren sie in der Öffentlichkeit, aber auch in der Freizeit, am Arbeitsplatz sowie in Schule und Ausbildung negativen Äußerungen, Ausgrenzung, Benachteiligungen oder sogar körperlicher Gewalt ausgesetzt. Auch die aktuelle Umfrage „Sicher Out?“³, die im Auftrag des Amts für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg und des Fachbereichs Demokratie und Strategie der Stadt Mannheim durchgeführt wurde, zeigt, dass Menschen in der Metropolregion auf Grund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität Einschränkungen in ihren Möglichkeiten zu individueller Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe erfahren:

² https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Offenheit_und_Akzeptanz/Onlinebefragung_Aktionsplan_Akzeptanz_2014.pdf

³ http://www.plus-mannheim.de/images/stories/SICHER-OUT_Dokumentation_Web.pdf

- 61% der Umfrageteilnehmer*innen war von einem diskriminierenden Vorfall selbst betroffen.
- 45% der Teilnehmer*innen wurden in den letzten 12 Monaten im öffentlichen Raum durch einen anderen Menschen abgewertet, beschimpft oder bespuckt.
- 21% der Befragten berichteten sexuelle Belästigung und 14% sexuelle Übergriffe in den letzten 12 Monaten.
- 89% der Befragten verzichten im öffentlichen Raum auf Gesten gleichgeschlechtlicher Zuneigung wie Händchenhalten oder Küssen, vermeiden das Tragen bestimmter Formen der Kleidung oder nutzen den öffentlichen Nahverkehr nur eingeschränkt.

2.2. Handlungsfelder für eine erfolgreiche Bewerbung Heidelbergs beim Rainbow Cities Network

Basierend auf der dreijährigen Arbeit des „Runden Tisches sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ hat das Amt für Chancengleichheit folgende Handlungsbedarfe für eine erfolgreiche Aufnahme Heidelbergs in das Rainbow Cities Network festgestellt.

Zur Identifizierung der Handlungsfelder und zu den sich daraus ergebenden Maßnahmen konnten die über 15 im „Runden Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ vertretenen Vereine und Initiativen im Rahmen von zwei Sitzungen im Juli und September 2019 Vorschläge formulieren und diskutieren. Die Handlungsfelder wurden mit Expert*innen der Heidelberg School of Education, der Universität Heidelberg und innerhalb des Projekts „Diversität, Teilhabe und Zusammenhalt in der Kommune: Wissenschaft und Praxis im Austausch für eine Zukunft in Vielfalt“ des Instituts für Diversitätsforschung der Georg-August-Universität Göttingen diskutiert und kontinuierlich im fachlichen Austausch mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, des Landesbeirats „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ und dem Bundesnetzwerk der LSBTTIQ-Beauftragten auf ihre Notwendigkeit geprüft.

2.2.1

Die Weiterentwicklung der Pilotprojekte von PLUS e.V. in der psychosozialen Beratung von LSBTTIQ und in der schulischen Präventionsarbeit zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu einem Kompetenz- und Beratungszentrum (vergleiche hierzu Antrag von PLUS e.V., Drucksache 0293/2019/BV, der dem Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit in seiner Sitzung vom 24.09.2019 vorgelegt wird).

2.2.2

Die Entwicklung eines gesamtstädtischen Konzepts für eine langfristige Sicherung des Queer Festivals, das mit über 7000 Besuchenden eines der größten deutschen queeren Kulturfestivals darstellt.

2.2.3

Fortführung der erfolgreichen Arbeit des seit 2018 von der Stadt Heidelberg geförderten queeren Jugendprojekts „Queer Youth“, das LSBTTIQ-Jugendlichen bis 18 Jahren einen Raum des Empowerments bietet. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Teilhaushalt 16 vorgesehen.

2.2.4

Stärkung der Akzeptanz von Regenbogeneltern: zur Erarbeitung von Leitlinien für die Stadtverwaltung wird ein Fachtag im Frühjahr 2020 entscheidende Impulse geben. Seit 2019 wurde durch das Amt für Chancengleichheit (Amt 16) ebenfalls ein Regenbogenelterncafé eingerichtet, das weitergeführt werden soll.

2.2.5

Förderung der Diversität in der städtischen Personalentwicklung durch die Durchführung eines Fachtags zu LSBTTIQ in der öffentlichen Verwaltung in Kooperation mit dem Queeren Netzwerk der städtischen Mitarbeitenden und dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, die Entwicklung von Richtlinien für den Umgang mit städtischen transsexuellen und transgender Mitarbeitenden sowie Mitarbeitenden mit dem Geschlechtseintrag ‚divers‘ sowie der Unterzeichnung einer Deklaration „Für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen im Arbeitsleben“.

2.2.6

Weitere Stärkung der Sichtbarkeit von LSBTTIQ in der städtischen Öffentlichkeitsarbeit

2.2.7

Intensivierung der Zusammenarbeit mit Heidelberg Marketing und Hotels, Restaurants und Einzelhandelsverbänden, um Heidelberg und das „Queer Festival“ für internationale LSBTTIQ-Tourist*innen attraktiv zu machen.

Die Maßnahmen 2.2.3 – 2.2.7 können mit vorhandenen Haushaltsmitteln des Teilbudgets des Amtes 16 finanziert werden.

2.2.8

Die Sichtbarmachung von LSBTTIQ-Geschichte in der städtischen Erinnerungskultur, zum Beispiel durch Straßennamen und entsprechende Stadtführungen. Einrichtung einer Arbeitsgruppe in Kooperation mit Prof. Dr. Karen Nolte, Leiterin des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin der Universität Heidelberg, zu der Museen, Gedenkstätten und Archive in Heidelberg eingeladen werden. Die Finanzierung erster Pilotprojekte sind durch Mittel des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, die von Amt 16 verwaltet werden, möglich. Auftakt bildet ein Fachtag am 07.11.2019 zu LSBTTIQ-Geschichte des Amtes für Chancengleichheit in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg und der Universität Heidelberg.

2.2.9

Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Diskussion der Auswirkungen der dritten Geschlechtsoption auf städtische Dienstleistungen und Einrichtungen.

In einem ersten Orientierungsgespräch mit dem Vorstand des Rainbow Cities Networks im Juli 2019 signalisierte der Vorstand des Netzwerks, dass der Bewerbung auf Basis der Umsetzung dieser Maßnahmen sehr gute Chancen eingeräumt werden würden.

Für eine erfolgreiche Bewerbung der Stadt Heidelberg beim Rainbow Cities Network und die Umsetzung der hier aufgeführten Maßnahmen entsteht gegebenenfalls ein zusätzlicher Personalbedarf.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 5	+	<p>Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen</p> <p>Begründung: Eine Mitgliedschaft im Rainbow Cities Network trägt entschieden dazu bei, dass ein Verständnis für Menschenrechte, die Spielregeln demokratischen Miteinanders und Respekt für individuelle Freiheitsrechte gefördert werden.</p> <p>Ziel/e:</p>
AB 1	+	<p>Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung fördern</p> <p>Begründung: Zahlreiche internationale Studien belegen, dass ein offenes, inklusives und vielfältiges städtisches Klima einen entscheidenden Einfluss auf die Stadtentwicklung haben und die Offenheit für LSBTTIQ einen Standortvorteil darstellt.</p> <p>Ziel/e:</p>
SOZ 2	+	<p>Diskriminierung und Gewalt vorbeugen</p> <p>Begründung: Die Umsetzung von Maßnahmen in den identifizierten Handlungsfeldern tragen entschieden dazu bei, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung anzugehen.</p>

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Wolfgang Erichson